
Berliner Debatte Initial

4

19. Jg. 2008

Endlose Depression

Flassbeck

Ursachen der
langen Depression

Heise

Ein neues Wirtschaftswunder?

Ruben

Kondratieff- Zyklus

Hedtke

Schumpeter und das Jahr 2008

Bernt

„Europäische Stadt“ und Schrumpfung

Endlose Depression

– Zusammengestellt von Ulrich Busch und Rainer Land –

SCHWERPUNKT ENDLOSE DEPRESSION

* * *

<i>Rainer Land, Ulrich Busch</i> Ein neuer Kondratieff, eine Finanzkrise und die Zukunft unserer Träume	2	<i>Roland Benedikter</i> Politik und Religion. Anmerkungen zur gegenwärtigen Bestimmung ihres Verhältnisses	90
Gespräch mit <i>Heiner Flassbeck</i> Ursachen der langen Depression in Deutschland	7	<i>Matthias Bernt</i> Die politische Tradition „Europäische Stadt“ und die Schrumpfung	102
<i>Arne Heise</i> Erlebt Deutschland ein neues Wirtschaftswunder?	15	<i>Stefan Mann, Ines Heer</i> Wie sinnvoll ist die Förderung der Regionalvermarktung?	113
<i>Karl Georg Zinn</i> Der Konjunkturaufschwung 2006/07	27		
<i>Karl Mai</i> Nulldefizit und Entschuldung der öffentlichen Haushalte	38	REZENSIONEN UND BESPRECHUNGEN	
<i>Peter Ruben</i> Vom Kondratieff-Zyklus und seinem Erklärungspotenzial	50	Ralf Konersmann (Hg.): Wörterbuch der philosophischen Metaphern Rezensiert von <i>Mariele Nientied</i>	125
<i>Ulrich Hedtke</i> Schumpeter und das Jahr 2008. Bemerkungen zur Erstveröffentlichung eines Briefes von Joseph A. Schumpeter an George Garvy	66	Birgit Dahlke: Jünglinge der Moderne. Jugendkult und Männlichkeit in der Literatur um 1900 Annotiert von <i>Magnus Brechtken</i>	127
<i>Johannes Schmidt</i> Finanzmärkte und Wachstum. Schumpeter als Ahnherr moderner Theorien der Finanzintermediation?	79	Gegendarstellung von Richard Schröder zu Heft 1/2-2008, S. 171	128

Rainer Land, Ulrich Busch

Ein neuer Kondratieff, eine Finanzkrise und die Zukunft unserer Träume

Einführung in den Schwerpunkt

Endlose Depression?

Das Jahr 2008 hat aus der Sicht der Schumpeter'schen Wirtschaftstheorie eine besondere Bedeutung, schreibt Ulrich Hedtke auf Seite 66 dieses Heftes, denn es markiert den Beginn eines neuen langen Zyklus wirtschaftlicher Entwicklung, den „Übergang vom 4. zum 5. Kondratieff“ nach Schumpeters Zählung.

Ist damit etwa das Ende der „endlosen Depression“ in Sicht, welche die „immerwährende Prosperität“¹ der 1950er und 1960er Jahre so folgenschwer beendete? Können wir mit einer Erholung, gar mit einer neuen Prosperitätsphase rechnen? Mit einem neuen gewaltigen Innovations- und Wachstumsschub, der die Welt noch einmal ebenso stark verändern und verbessern wird, wie es die amerikanisch-europäische Revolution der industriellen Massenproduktion und der produktivitätsorientierten Lohn- und Sozialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg taten?

Werden die Löhne wieder steigen, das Sozialsystem repariert und umgebaut werden? Wird es gar eine globale Energiewende geben? Wird der Aufstieg Chinas und Indiens vielleicht doch nicht zu einem Kollaps wegen Umweltbelastungen führen? Leuchtet am Horizont gar „Eine-Welt“ mit einer neuen Industrie ohne CO₂-Emissionen, mit Autos, die in China, Amerika, Afrika und Europa lautlos von Elektromotoren angetrieben durch die Straßen gleiten und in der Flugzeuge durch elektronengetriebene Magnetschwebbahnen mit Mach 3 abgelöst sind, für die Strom und Wasserstoff aus Sonnenbatterien über Wasserstoffpipelines in der Sahara geliefert wird? Gelingt es gar, Armut

und Hunger, Unterentwicklung und Elend zu überwinden? Und wird es Ostdeutschland mit einem neuen Kondratieff schaffen, seine Produktions- und Einkommenslücke zu schließen und die Landeshaushalte zu sanieren?

Vielleicht. Vielleicht auch nicht. Natürlich könnte und sollte uns der *rechnerische* Beginn eines neuen wirtschaftlichen Zeitalters anregen, alte Utopien wieder einmal zu besichtigen, die Bücher von Lem² aus dem Regal zu nehmen und uns zu fragen, was aus den Utopien und Träumen der 1960er und den Hoffnungen der 1980er Jahre geworden ist, ob wir neue haben und ob wir die unserer Kinder und Enkel eigentlich noch kennen. Dies ganz unabhängig davon, auf welcher Seite wir beim wissenschaftlichen Streit um die Theorie langer Wellen stehen und ob er uns überhaupt interessiert.

Peter Ruben und *Ulrich Hedtke* präsentieren neue empirische Analysen und theoretische Überlegungen, nach denen es sehr sinnvoll scheint, weiter zu erforschen und zu debattieren, warum wirtschaftliche Entwicklung nicht gleichförmig erfolgt, sondern in Zyklen mit Höhenflügen, Einbrüchen, Umbrüchen und Krisen. Paradigmenwechsel bedürfen offensichtlich eines Generationswechsels, um Wirklichkeit zu werden.

Ein wissenschaftlicher Standpunkt zu diesen Fragen erfordert, nicht nur über die Länge, die Lage und die Nachweisbarkeit solcher langen (56-jährigen), mittleren (9-jährigen) und kurzen (3-jährigen) „Wellen“ nachzudenken, sondern das Schumpeters Theorie zugrunde liegende Modell wirtschaftlicher Entwicklung zu verstehen, zu diskutieren, gegebenenfalls weiterzuentwickeln oder zu kritisieren. Schum-

peter wird gern hervorgekramt, um diese oder jene Innovation zum Anfang einer „neuen langen Welle“ hochzujubeln, oder auch, um die Deindustrialisierung in Ostdeutschland, die Pleitewelle der Börsenzocker und den Niedergang ganzer Regionen gleichermaßen als „schöpferische Zerstörung“ zu weihen.

Der wissenschaftliche Kern der Schumpeter'schen Theorie wirtschaftlicher Entwicklung hingegen wird nur von wenigen Außenseitern studiert, gepflegt, benutzt und weiterentwickelt. In den 1960er Jahren dominierte Keynes, dann kam die Neoklassik. Zudem ist *Entwicklung* auch für viele Wissenschaftler ein unheimliches Rätsel.³ Kaum eine wirtschaftswissenschaftliche Theorie unterscheidet Wachstum und Entwicklung vernünftig – gerade dies aber war *ein* zentrales Anliegen von Schumpeter. Das *andere* war die Verknüpfung von Wirtschaftswissenschaft und Soziologie. Beide wissenschaftliche Unternehmungen harren der Fortsetzung. Wenigstens dürfen wir hoffen, dass Schumpeters Hauptwerk „Konjunkturzyklen“ bald in Deutschland neu aufgelegt wird. Die einzige deutschsprachige Ausgabe von 1961 ist schon seit vielen Jahren vergriffen.

Der alte und der neue Zyklus

Schumpeter sah Kapitalismus als eine Wirtschaftsweise an, in der Innovationen durch Kreditgeldemissionen und Expansion der Geldmenge finanziert und daher schubweise durchgesetzt werden.⁴ Unternehmer versuchen, gegen die lähmende Stagnation des „Gleichgewichts“ Innovationen durchzusetzen, die die gegebenen „Produktionsfunktionen“ unterlaufen, neue *Kombinationen* von Produktionsmitteln und Arbeit, *neue Produkte und Verfahren* durchsetzen. Kreditfinanzierte Innovationen beschleunigen anfangs das Wachstum und schaffen durch die Produktion (noch) nicht gedeckte Einkommen, erzeugen also einen Aufschwung bei steigender Inflation. Dieser kreditfinanzierte Innovationsschub kommt nach einer gewissen Zeit zum Erliegen, weil das Ungleichgewicht zwischen Kreditmenge und realer Produktion die Kreditkosten in die Höhe treibt.

Die „fordistische“ Nachkriegsprosperität der 1950er und 1960er Jahre beruhte auf einem kreditfinanzierten Innovationsschub, dem als sozioökonomische „Neukombination“ die Verbindung der *fordistischen Massenproduktion* (einschließlich Auto, Petrolchemie, Elektrotechnik usw.) mit einer *produktivitätsorientierten Lohnentwicklung* und einer *Dynamisierung der Sozialsysteme* zugrunde lag. Voraussetzung war der Paradigmenwechsel der Sozial- und Lohnpolitik, der mit dem New Deal der 1930er Jahre in den USA eingeleitet wurde. Den Startschuss gab dann der bis dahin größte kreditfinanzierte Boom aller Zeiten, der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg, der Aufbau der Rüstungswirtschaft, dem der Ausbau der Produktionsmittelindustrie, der ungeahnte und nicht endende Anstieg der Löhne und die Expansion der Konsumgüterindustrie folgten, die nicht nur die gesamten USA, sondern auch teilweise Großbritannien und die Sowjetunion, sowie nach dem Krieg außerdem halb Europa versorgte. Die materielle und finanzielle Rolle der USA in der Nachkriegswirtschaft machte aus der fordistischen Kombination von Massenproduktion, Lohnanstieg und Konsumgesellschaft ein globales Erfolgsmodell, das bis in die 1970er Jahre ganz gut funktionierte

Die in den 1950er Jahren in Gang gesetzte „lange Welle“ hat verschiedene Regulationen des vorherigen Kapitalismus „aufgehoben“, vor allem aber eine fundamentale: Die Lohn- und Transfereinkommen der Bevölkerung der entwickelten kapitalistischen Länder orientierten sich nicht mehr am „Bedarf“ im Sinne des Überlebens, nicht mehr an den Reproduktionskosten der „Ware Arbeitskraft“⁵, sondern am Wachstum der Produktivität⁶.

Nach Schumpeter folgt auf den Prosperitätseffekt solcher „Neukombinationen“ eine Phase des Abstiegs in die Rezession, weil die zuvor getätigten Innovationen nach einer gewissen Zeit wirksam werden; d.h. neue Produkte gelangen auf den Markt, neue Unternehmen verdienen viel Geld, zahlen ihre Kredite zurück, alte Produkte werden nicht mehr gebraucht, alte Unternehmen geraten unter Druck, es gibt auf einmal unverkäufliche Produkte, nutzlos werdende Fabriken und überflüssig gewordene Arbeit neben dem zuvor entstandenen Neuen.

Es ist nicht Sättigung, sondern die durch den vorangegangenen Innovationsschub ausgelöste Notwendigkeit eines Strukturwandels, die den Aufstieg zum Erliegen bringt und aus der Prosperität in die Rezession überleitet. Diese Phase ist zugleich Ernte und Abstieg – die tatsächliche Produktion steigt, aber die Kreditgeldemission geht zurück, das Angebot wächst und die Nachfrage sinkt wegen der Unternehmenspleiten, der steigenden Arbeitslosigkeit und der Kontraktion der Kredite.

Eine solche lange Rezession schloss sich offensichtlich an die „immerwährende Prosperität“ der Nachkriegszeit an, die Ölkrise der 1970er Jahre waren der Auslöser. Nach Schumpeter kann man solche Rezessionen nicht vermeiden, man kann aber den sich in der Rezession geltend machenden Bereinigungsbedarf und den erforderlichen Strukturwandel zulassen, fördern, gestalten und abfedern. Es kann aber auch passieren, dass die Rezession zu einer Depression verlängert wird, wenn die Akteure im Krisenszenarium falsch reagieren. Akteure sind nicht nur die großen Zentralbanken, die Regierungen und die Finanzminister, sondern auch die Unternehmen und die Arbeitnehmer in Form ihrer großen und mächtigen Organisationen und die Organisationen der Weltwirtschaft.

Es spricht viel für die Vermutung, dass in den 1970er Jahren eine weltweite Kondratieff-Rezession im Schumpeter'schen Sinne begann, die sich durch falsche strategische Reaktionen der wichtigsten Akteure zu einer „endlosen“ Depression verlängerte und vertiefte.⁷

Es spricht auch einiges dafür, dass seit den 1980er Jahren die restriktive Geld- und Finanzpolitik, der Druck auf die Löhne und die Sozialausgaben, die Forcierung des globalen Standortwettbewerbs und die Deregulierung der Finanzsysteme per Saldo zwei fundamentale Effekte hatten: erstens die Sicherung „alten“ Kapitals vor der „schöpferischen Zerstörung“ (durch Abwälzung der Lasten des Umbruchs auf die Masseneinkommen und auf den Staat); zweitens die Verschleppung der Kondratieff-Rezession und ihre Verwandlung in eine scheinbar alternativlose „Wachstumsschwäche“, hinter der vielmehr eine sich selbst verstärkende depressive Lage der Weltwirtschaft steckt.

Indem mächtige Akteure, Finanzkapital, Banken und Versicherungen, Autokonzerne, aber zuweilen auch Regierungen, Gewerkschaften und scheinbar sozial orientierte Bewegungen gegen die Entwertung ihrer bisherigen Besitzstände ankämpften, verhinderten sie den Innovationsschub, der die Entwicklungsgrenzen des alten Typs wirtschaftlicher Entwicklung vielleicht hätte überwinden können – und mit dem die verloren gehenden Besitzstände durch neue und – weil zukunftsfähig – durch bessere abgelöst worden wären.

Auf dem Weg zu einem sozialen Ökokapitalismus?

Die wirkliche Alternative zur endlosen Depression wäre ein neuer Typ wirtschaftlicher Entwicklung, der einerseits die historische Innovation der Nachkriegszeit, die Kombination von *Massenproduktion* und *Teilhabe der Massen* auf vernünftige Weise wiederherstellt und weltweit sichert. Das aber wäre noch keine neue Kombination, sondern nur die Bewahrung einer geschichtlichen Lehre.

Die Neukombination, die einen Zyklus wirtschaftlicher Entwicklung tragen könnte, müsste die zentrale Entwicklungsgrenze des alten Zyklus überwinden. Diese Grenze ist nach unserer Sicht das Zurückbleiben der Ressourceneffizienz hinter der Produktivitätsentwicklung, das Überschreiten von Tragfähigkeitsgrenzen der Natur durch die Belastungen des steigenden Energie- und Rohstoffbedarfs und die steigenden Emissionen, derzeit vor allem Emissionen von CO₂ und anderen Klimagasen.

Daraus könnte man folgern, dass die sozioökonomische „Neukombination“, mit der die Bewegung aus der endlosen Depression in einen neuen Zyklus wirtschaftlicher Entwicklung ausgelöst würde, eine *Energiewende* und eine *Effizienzrevolution* („Faktor Vier – doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch“) wäre.⁸ Dies würde ein neues wirtschaftliches Paradigma, nämlich Ressourceneffizienz, Ökosuffizienz und Ökokonsistenz⁹, mit der Massenproduktion und der Massenteilhabe rekombinieren und so einen neuen Pool für

technologische und zugleich sozioökonomische Inventionen und Innovationen schaffen. Dies deutet sich im Aufstieg der ökologischen Industrien zaghafte an – aber bislang dominiert immer noch die „Rettung des Alten“. Ob der weltwirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre der faktische Beginn eines neuen Zyklus wirtschaftlicher Entwicklung werden wird oder ob es sich nur um ein Zwischenhoch in einer verschleppten Depression handelt, das wird man erst in ein paar Jahren wissen. Die Debatte um die „langen Wellen“ und eine qualifizierte Rezeption von Schumpeters Theorie wirtschaftlicher Entwicklung könnten dazu beitragen, die Zeichen der Zeit besser zu verstehen.

Der Artikel von *Johannes Schmidt* kann dabei helfen, oberflächliche und falsche Deutungen des Finanzsystems zu überwinden, denn er zeigt die Fehler einer verbreiteten „modernen“ Lesart der Schumpeter'schen Geld- und Kredittheorie. Damit legt er ein zentrales Element seiner Entwicklungstheorie frei, die Finanzierung von Krediten durch Geldschöpfung, die freilich im Unterschied zu Keynes die Demission von Kreditgeld als ebenso wichtigen Regulator der Bewältigung von Umbrüchen behandelt.

Bankenkrise weltweit

Das Jahr 2008 ist nicht nur der rechnerische Beginn eines neuen Kondratieffzyklus, es wird auch als das Jahr einer der größten Banken- und Finanzkrisen in die Geschichte eingehen. In der schnellen Folge der Ereignisse ist kaum abzusehen, ob das, was heute aufgeschrieben wird, sich in vier Wochen, wenn das Heft ausgeliefert ist, genauso entwertet hat, wie das Eigenkapital der *Hypo Real Estate* am 29. September und 6. Oktober 2008. Seit Monaten hat die Immobilien- und Bankenkrise die Wirtschaftsaussichten im Würgegriff, seit einigen Tagen aber ist eine „neue Qualität“ festzustellen: Untergangsstimmung und Rettungsaktionismus. Die Regierungen überbieten sich in Milliardensummen, die sie zur Rettung des globalen Finanzsystems und Finanzkapitals bereitstellen wollen. Die Chancen für einen

neuen Aufschwung, noch dazu einen langen, stehen so gesehen nicht gut.

Die Finanzkrise, die auf dem US-Immobilienmarkt ihren Ausgangspunkt hatte, erfasst inzwischen nicht nur US-Banken mit zweifelhaften Geschäftspraktiken und faulen Krediten in ihren Büchern, sondern auch Investmentbanken, Kreditbanken, Hypothekenbanken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und andere Finanzintermediäre auf der ganzen Welt. Da der Finanzmarkt und der Bankensektor für das Funktionieren der Wirtschaft im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus von essentieller Bedeutung sind, droht die Finanzkrise auf die Realwirtschaft überzugreifen und die Welt, und damit auch China, Indien, Europa und Russland, in eine tiefe Wirtschaftskrise zu stürzen. Damit wäre der Wirtschaftsboom der vergangenen Jahre definitiv zu Ende und es würde lange dauern, bis ein neuer Aufschwung greifen könnte. Schon heute zeichnet sich ab, dass nach der Krise nichts mehr so sein wird wie vorher: Der Staat erhält eine gegenüber den letzten Jahren erheblich gewachsene Bedeutung in der Wirtschaft, der „freie“ Markt wird stärker als bisher der internationalen Kontrolle unterworfen sein, Spekulationsgeschäfte werden eingeschränkt und kontrolliert werden.

Zudem bringt die gegenwärtige Finanzkrise einschneidende Veränderungen für das gesamte internationale Wirtschafts- und Finanzsystem mit sich. Einige reden bereits von einem Ende des ungehemmten Wirtschaftsliberalismus und einer Renaissance der keynesianischen Globalsteuerung. Die Zeiten der Deregulierungseuphorie jedenfalls sind zu Ende – nur können wir absolut nicht sicher sein, ob die Ideen zu einer Erneuerung der *Regulation* eher der nochmaligen „allerletzten“ Rettung des Alten dienen oder ob sie auf den Weg zu etwas Neuem, einem „sozialen Ökokapitalismus“, führen und den 5. Kondratieff nicht nur rechnerisch, sondern auch praktisch in die Welt bringen.

Eine Antwort haben wir nicht, aber das Heft bietet viele Anregungen auf dem Weg zu Antworten. Das Buch von Friederike Spieker und Heiner Flassbeck „Das Ende der Massenarbeitslosigkeit“ gab uns den Anlass zu einem

Gespräch mit dem UNCTAD-Ökonomen über seine Sicht auf die Ursachen der langen Depression und die Chancen eines weltwirtschaftlichen Aufschwungs. Es war uns eine Freude und sei unseren Lesern empfohlen.

Der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler *Arne Heise* geht der Frage nach, ob Deutschland gegenwärtig tatsächlich „ein neues Wirtschaftswunder“ erlebt und die Stagnation nachhaltig überwindet oder ob sich dies schon bald „als Illusion“ erweisen wird, als bloße Ideologie. Er bemüht dafür den postkeynesianischen Ansatz der Marktkonstellationsforschung sowie komparative Methoden, welche den Vergleich verschiedener Politikauffassungen in unterschiedlichen Ländern erlauben.

Ebenfalls kritisch, was die Nachhaltigkeit des gegenwärtigen Aufschwungs anbetrifft, ist der Text von *Karl-Georg Zinn* angelegt. Der Autor argumentiert in der Tradition von John Maynard Keynes. Zugleich kritisiert er populäre Verkürzungen und aktuelle Fehldeutungen der Keynes'schen Theorie; er verweist stattdessen auf wenig reflektierte Aussagen zur konjunkturellen Entwicklung. Die gegenwärtige Konjunktüreuphorie hält er für „überzogenen Optimismus“.

Ein Aufsatz aus der Feder des Hallenser Ökonomen *Karl Mai* zur Staatsverschuldung zeigt die konjunkturellen und ideologischen Hintergründe der Nulldefizit- und Entschuldungspolitik auf, welche neuerdings die deutsche Finanzpolitik bestimmt. Er setzt sich mit illusionären Vorstellungen der Politik über die Rückführung der Verschuldung auseinander und verdeutlicht, in welchem Maße derartige Vorhaben vom Konjunkturverlauf abhängig sind.

Rainer Land, Ulrich Busch

Anmerkungen

- 1 Nach Burkart Lutz' genialem Buch: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts.* Frankfurt a.M./New York: Campus 1984
- 2 Vgl. Bartholomäus Figatowski: *Antich, Betrisierung und Chemokratie.* Stanislaw Lems literarisches ABC des Totalitarismus und seiner Tarnkappen. In: *Berliner Debatte Initial* 16 (2005) 1, 65-78
- 3 Vgl. Daniel Dennett: *Darwins gefährliches Erbe.* Hamburg: Hoffmann und Campe 1997, insbesondere S. 90ff.
- 4 Vgl. J. A. Schumpeter: *Konjunkturzyklen.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961, S. 234f.
- 5 Oder dem Marx'schen „Wert der Ware Arbeitskraft“ als dem Wert der zur Reproduktion des Arbeiters, einschließlich seiner Familie und der nächsten Generation, erforderlichen Konsumgüter.
- 6 Zur Herausbildung eines Kapitalismus mit produktivitätsorientierter Lohnpolitik vgl. Lutz [Anm. 1], Kap. V und VI.
- 7 Ähnliches war aus der Sicht Schumpeters schon in der langen Rezession der 1930er Jahre in Europa passiert. Die deutsche Reichsbank, die Wirtschaftsverbände und die Regierung betrieben eine Politik der Lohnsenkungen und der Ausgabenkürzungen. Ähnlich reagierten andere europäische Akteure und vertieften die Rezession zu einer Depression, der eine politische und gesellschaftliche Katastrophe folgte – während sich die USA aus der Depression retteten, indem sie eine neue Lohn- und Sozialpolitik mit der schon vorhandenen, aber im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges expandierenden fordistischen Massenproduktion kombinierten.
- 8 Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH; <http://www.wupperinst.org>
- 9 BUND/MISEREOR: *Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland.* München 2002; [http://de.wikipedia.org/wiki/Zukunftsf%C3%A4higes_Deutschland_\(Studie\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Zukunftsf%C3%A4higes_Deutschland_(Studie))

Mit Heiner Flassbeck sprachen
Ulrich Busch und Rainer Land

Ursachen der langen Depression in Deutschland

Rainer Land (R.L.): Wir freuen uns, mit Ihnen über einige Aspekte des Buches „Das Ende der Massenarbeitslosigkeit“ sprechen zu können, das Sie gemeinsam mit Friederike Spiecker verfasst haben; es ist Ende 2007 im Westend Verlag erschienen.

In dem Buch wollen Sie anhand empirischer Analysen nachweisen, dass die hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleibende Lohnentwicklung eines der Kernprobleme der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre ist. Dort sehen Sie die Ursache der hohen Arbeitslosigkeit. „Der Arbeitsmarkt ist kein Kartoffelmarkt.“

Heiner Flassbeck (H.F.): In der Tat ist das die Kernthese. Die herrschende Ökonomie betrachtet den Arbeitsmarkt wie einen Kartoffelmarkt. Wenn der Preis der Kartoffeln zu hoch ist, dann sinkt die Nachfrage und ein Teil der Kartoffeln bleibt übrig, so lange, bis der Kartoffelpreis wieder sinkt. Auf den Arbeitsmarkt übertragen sieht das dann so aus, als müsse man die Arbeitslosigkeit mit zu hohen Löhnen erklären. Lohnsenkung erscheint aus dieser Perspektive als das gebotene Mittel gegen „arbeitslose Kartoffeln“.

Nur: Kartoffeln kaufen keine Autos, aber Arbeiter kaufen Autos. Beim Kartoffelmarkt handelt es sich um einen Markt für ein einzelnes Produkt, das nur einen winzigen Teil des gesamten Gütervolumens (Bruttoinlandsprodukts) ausmacht. Angebot und Nachfrage sind hier unabhängig voneinander – und unter dieser Voraussetzung gilt, dass sinkende Kartoffelpreise zu wachsender, steigende Kartoffelpreise hingegen zu sinkender Nachfrage nach Kartoffeln führen. Das ist möglich, weil

die Mehrzahl der Käufer von Kartoffeln ihre Einkommen gerade nicht aus dem Anbau von Kartoffeln beziehen. Wäre die Nachfrage nach Kartoffeln ausschließlich oder überwiegend vom Einkommen der Kartoffelbauern abhängig, würden sinkende Kartoffelpreise nicht zu wachsender Nachfrage, sondern im Extremfall zum Zusammenbruch des Kartoffelmarktes führen.

Genau dies aber gilt für den Arbeitsmarkt. Bei gesamtwirtschaftlichen Aggregaten – wie der Summe aller Löhne und Gehälter, die mehr als die Hälfte des gesamten Bruttoinlandsprodukts umfasst – sind Angebot und Nachfrage nicht mehr unabhängig voneinander (vgl. S. 43ff. des Buches). Sinken die durchschnittlichen Löhne, so sinken einerseits die Arbeitskosten der Unternehmen. Sie können ihre Produkte etwas billiger anbieten. Man könnte erwarten, dass sie mehr verkaufen können und daher vielleicht mehr Arbeiter einstellen. Aber die Löhne sind nicht nur Kosten, sondern auch *Einkommen*. Mit den Arbeitskosten für die Unternehmer sinken daher zugleich auch die Einkommen der Arbeiter, also die Einkommen derjenigen, die den Unternehmen die große Masse ihrer Produkte abkaufen sollen. Mit den sinkenden Einkommen gehen der Absatz, der Umsatz der Unternehmen und die Auslastung der Maschinen und Anlagen trotz sinkender Arbeitskosten zurück, und es kommt nicht zu mehr, sondern zu weniger Beschäftigung. Löhne sind eben Kosten *und* Ergebnis des volkswirtschaftlichen Prozesses. Anders als auf einem Kartoffelmarkt sind auf dem Arbeitsmarkt Kosten und Einkommen über die Löhne direkt verbunden.

Lohnsenkungen oder stagnierende Löhne führen daher nicht zu mehr Beschäftigung. Die Länder mit dem geringsten Lohnzuwachs, Japan und Deutschland, hatten zwischen 1996 und 2006 auch den geringsten Beschäftigungszuwachs, während Länder mit vergleichsweise hohem Wachstum der Löhne auch deutlich höhere Zuwächse an Beschäftigung aufwiesen, so die USA und Großbritannien (vgl. S. 50).

Weil die Analogie von Kartoffel- und Arbeitsmarkt überhaupt nicht stimmt, kann das gesamte Gebäude der „herrschenden Wirtschaftspolitik“ kein Problem lösen, und deshalb hat es auch keinen Rückgang der Arbeitslosigkeit gegeben. Kurz und gut: Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal, sondern Politikversagen, basierend auf einer ungeeigneten, falschen ökonomischen Theorie.

R.L.: Dies würde aber bedeuten, dass es die depressiven Tendenzen, die es ja schon seit Ende der 1970er Jahre gibt, nicht hätte geben müssen, wenn man politisch anders agiert hätte?

H.F.: Das ist richtig. Das hätte alles nicht sein müssen. Es war Politikversagen der reinsten Form, was man auch daran erkennen kann, dass es in anderen Ländern nicht so gelaufen ist. Die angelsächsischen Länder haben im Unterschied zu Deutschland in den letzten 15 Jahren eine ziemlich normale Wirtschaftsentwicklung gehabt. Einen massiven Bruch in der wirtschaftspolitischen Konzeption gab es nur in Europa und speziell in Deutschland. Wir erklären diesen Bruch damit, dass in den 1970er Jahren ein neues theoretisches Denken um sich gegriffen hat – die nationale Autonomie der Geldpolitik, die vom Monetarismus inspiriert war. Damals hat die Deutsche Bundesbank ein neues Kapitel der Wirtschaftsgeschichte aufgeschlagen, und das war ein schlechtes Kapitel.

Ulrich Busch (U.B.): Gab es nicht auch objektive Gründe für diesen Wechsel des Regulations-Konzepts?

Nein, der Bruch erfolgte zwar mit dem Ende des Bretton Woods-Währungssystems, aber auch dessen Ende Anfang der 1970er Jahre war theoriegeleitet. Seitdem haben wir diese falsche Wirtschaftspolitik. Es ist ein weitgehend europäisches und noch genauer betrachtet ein

deutsches Phänomen. Das lässt sich auch an Zahlen zeigen: Der Zins lag in Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren immer unter der Wachstumsrate der Volkswirtschaft, seit Anfang der 1970er Jahre liegt er fast immer über der Wachstumsrate. Und das ist in den USA nicht so gewesen. Auch dort gab es eine Ölkrise und dann Monetarismus, aber seit den 1990er Jahren pragmatisches „Fine Tuning“, d.h. die Geldpolitik änderte sich radikal. In Europa, in Deutschland änderte sich die Politik seitdem faktisch überhaupt nicht (vgl. S. 179).

Es ist ein gar nicht zu unterschätzender Unterschied, ob man auf der Basis des Monetarismus arbeitet oder wie die amerikanische Zentralbank eine schnell reagierende pragmatische Politik verfolgt, die mit Monetarismus nichts, absolut nichts zu tun hat.

U.B.: Sie stellen zwei wesentliche Komponenten heraus, die Lohnpolitik und die Geldpolitik. Auf S. 156 steht, die eigentliche Ursache ist die Politik der Bundesbank. Die Bundesbank hat mit dem Geldmarkt zu tun, und ihre Analyse bezieht sich daher auf den Geldmarktzins. Für Investitionen ist aber der Kapitalmarktzins entscheidend. Der Kapitalmarktzins ist stabiler als der Geldmarktzins.

H.F.: Sicher, die Schwankungen des Kapitalmarktzinses sind geringer als die des Geldmarktzinses. Unsere Analyse stimmt aber genauso, wenn man den Kapitalmarktzins betrachtet. Den Bruch Anfang der 1970er Jahre, nach dem Ende des Bretton Woods-Systems, sehen wir beim Kapitalmarktzins genauso wie beim Geldmarktzins. Der langfristige Zins ist nun mal nicht unabhängig vom kurzfristigen Zins.

R.L.: Heißt das denn nun, dass man mit einer Umstellung der Politik, weg vom Monetarismus, aus der Depression wieder herauskommen könnte?

H.F.: Absolut, ja. Das sehen wir ja an den zwei Jahren Aufschwung seit 2006, die uns durch die internationale Konjunktur geschenkt wurden. Es ist ja nicht so, dass die ganze Welt seit dreißig Jahren in Rezession und Depression verharret. Überhaupt nicht. In den vergangenen fünf Jahren gab es den größten weltwirtschaftlichen Aufschwung seit dem Zweiten Weltkrieg. Und

auf diesen fahrenden Zug ist Deutschland spät aufgesprungen und hat zwei Jahre von dem internationalen Aufschwung profitiert, auch am Arbeitsmarkt. Aber das ist nun gerade wieder vorbei.

U.B.: Inwiefern ist die Ersparnisbildung ein Problem? Hortung von Geld ist ja unter den Bedingungen einer entfalteten Kreditwirtschaft nicht mehr möglich, d.h. alles Geld verbleibt im Kreiskauf.

H.F.: Ersparnisbildung muss nicht problematisch sein, aber sie macht eine Wirtschaft anfälliger. Sie schafft kein unüberwindliches Problem, wenn man die negativen Effekte, die immer dadurch auftreten, dass ein Teil der Einkommen nicht als Nachfrage nach Gütern und Leistungen ausgegeben wird, durch eine entsprechend expansive Geldpolitik ausgleicht. Anders gesagt: Ersparnisbildung muss von einer expansiven Geldpolitik begleitet werden, will man erfolgreich investieren.

U.B.: Aber das Geld wird ja nicht dem Kreislauf entzogen, sondern von den Banken als Kredit wieder ausgereicht.

H.F.: Ja, wenn es genügend Kreditnachfrage gibt. Aber zehn Prozent Sparquote machen die Aufgabe der Banken schwerer, weil die Investoren, die Kredite nachfragen sollen, sozusagen einen permanenten Nachfrageausfall verzeichnen. Doch es ist nicht unmöglich. Die Frage lautet, ob trotz der Ersparnis ein dynamischer Investitionsprozess zustande kommt, der zum Ausbau des Kapitalstocks beiträgt und Einkommen schafft. Das funktioniert nur mit einer expansiven Geldpolitik. Wird die Ersparnis nicht in nachfragewirksame Kredite umgesetzt, wird die binnenwirtschaftliche Entwicklung gebremst, weil immer ein Teil der Einkommen nicht nachfragewirksam wird, was heißt, dass ein Teil der Produkte nicht abgesetzt wird. Die Kunst der Wirtschaftspolitik besteht eben darin, jederzeit einen Prozess in Gang zu halten, bei dem die Anreize zu investieren groß genug sind. Aber das geht nur, wenn die Leute auch konsumieren. Das wird hier oft ausgeblendet. Viele denken, die Unternehmen investieren, wenn sie Geld haben. Das ist Unsinn. Sie investieren, wenn sie wissen, dass die Nachfrage stabil bleibt bzw. stabil steigt.

Mit einer Politik des „Gürtel-enger-Schnalens“ und des Lohndumpings, wie sie in Deutschland betrieben wird, gewinnt man zwar an Wettbewerbsfähigkeit, aber man zwingt damit das Ausland gewissermaßen zum Entsparen, und das kann nicht dauerhaft gut gehen. Deutschland wird damit nicht nur per Saldo Gläubiger anderer Länder, zwingt diese also, über ihren Verhältnissen zu leben, und nimmt ihnen dauerhaft Marktanteile ab. Das muss früher oder später scheitern, weil es zu einer erzwungenen künstlichen Deindustrialisierung der Handelspartner führt. Die Reaktion darauf sollte in einem funktionierenden Währungssystem eine Aufwertung der Währung sein, in der Deutschland rechnet. Das passiert jetzt zwar gegenüber den Dollarraum – siehe den steigenden Kurs des Euro gegenüber dem US-Dollar –, aber innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU) gibt es diesen Anpassungsmechanismus nicht mehr. Das schafft ein gewaltiges neues Problem. Unsere Behauptung lautet, dass die merkantilistische deutsche Politik innerhalb der EWU ein praktisch unlösbares Problem schafft, weil es keinen vernünftigen Ausgleichsmechanismus mehr gibt – wie im Falle der deutschen Währungsunion übrigens. Im Moment wird in Frankreich offen und laut über Deindustrialisierung geredet – zu einem Zeitpunkt, wo in Deutschland eine Re-Industrialisierung stattfindet. Das ist die Folge der verrückten Verschiebungen in der Wettbewerbsfähigkeit ganzer Volkswirtschaften, die Deutschland mit seinem Lohndumping verursacht hat. Dies gilt für Spanien, Italien und Portugal ganz ähnlich.

Nur über eine langfristig produktivitätsorientierte Lohnpolitik mit Flächentarifvertrag stabilisiert man das gesamte System, weil eine solche Politik zyklischen Bewegungen entgegenwirkt und ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verhindert. Gewinnabhängige Lohnbestandteile, wie sie die Japaner mit ihrem Bonussystem erproben, haben den gegenteiligen Effekt, sie verstärken die Instabilität.

U.B.: Also ist die Lohnpolitik der Gewerkschaften, wie sie derzeit läuft, ganz richtig?

H.F.: Zur Lohnpolitik gehören immer mindestens zwei. Wenn es so läuft, wie es

sich derzeit abzeichnet, geht es in die richtige Richtung. Aber es wird für diesen Aufschwung nicht mehr reichen, das hätte im vergangenen Jahr anfangen müssen. Denn viele Abschlüsse in diesem Jahr werden erst im Sommer wirksam. Selbst wenn die Abschlüsse alle bei fünf Prozent landen, kämen wir in diesem Jahr auch nur auf 2,5 Prozent Zuwachs der Bruttolohn- und Gehaltssumme. Das ist bei 2,5 Prozent Preissteigerung real Null, also weit unter der Produktivitätssteigerung. Im nächsten Jahr gibt es keinen Aufschwung mehr, und wir werden in die alten Fehler zurückfallen.

Man muss sich darüber im Klaren sein: Die Lohnpolitik der vergangenen zehn Jahre war ja nicht typisch für Deutschland, sonst hätte es das Wirtschaftswunder nicht geben können. Sie war Folge der übertriebenen Ideologisierung der Wirtschaftspolitik und der Schwäche der Gewerkschaften, die durch ihr ostdeutsches Abenteuer fundamental geschwächt sind. Aber viele Gewerkschaftsbosse haben inzwischen kapiert, dass diese Lohnpolitik falsch war.

U.B.: Wie erklären Sie denn die Schwäche der Gewerkschaften seit den 1990er Jahren?

Die Gewerkschaften haben 1990 etwas übernommen, was sie eigentlich nicht hätten übernehmen dürfen, nämlich die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland. Das war eine Aufgabe des Staates. Dadurch haben sie sich überhoben und sind vital geschwächt worden.

U.B.: Sie meinen, die Löhne in Ostdeutschlands seien zu schnell und zu hoch gestiegen? Da können wir Ihnen als Ostdeutsche aber nur eingeschränkt folgen. Die Löhne liegen im Mittel unter 70 Prozent der westdeutschen. Und die Entwicklung der ostdeutschen Löhne nach 1990 muss man ja auch im Zusammenhang mit der Preisentwicklung sehen.

H.F.: Das stimmt so nicht bzw. ist so nicht relevant. Von 1991 bis 1993 sind die Reallöhne weit über 20 Prozent gestiegen, bei einer Produktivität, die gesunken ist, 1991 eigentlich gar nicht vorhanden war. Der erste Schritt war die faktische Aufwertung durch die Währungsunion, dann kam eine Aufwertung durch die Löhne hinzu. Und damit war die ohnehin geringe Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands mit einem

Schlag ruiniert. Das Problem bestand darin, dass die Gewerkschaften sich die Angleichung der Löhne auf die Fahnen geschrieben hatten und die Politik sie dafür kritisiert und unter Druck gesetzt hat. Richtig wäre es umgekehrt gewesen: Die Regierung hätte sich die rasche Angleichung der Lebensbedingungen auf die Fahnen schreiben sollen, denn dies war eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht eine Aufgabe der Gewerkschaften.

R.L.: Ich glaube, das Problem war nach der Währungs- und Wirtschaftsunion 1990 gar nicht mehr sachgerecht zu lösen. Hätte man eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung verfolgt, dann hätte man die Reallöhne erst einmal senken müssen, denn die Produktivität ging 1990 zunächst nach unten, während die Preise stiegen. Man hätte also Lohnsteigerungen deutlich unter der Preissteigerung benötigt, um ein wirtschaftlich begründetes Ausgangs-Lohnniveau zu finden. Das hätte aber fatale Konsequenzen gehabt. Die deutsche Einheit hätte dem Osten einen sinkenden Lebensstandard beschert (was ja in den anderen postsozialistischen Ländern zunächst eintrat). Aber deutsche Einheit bei sinkendem Lebensniveau im Osten? Wie hätte man das durchstehen sollen?

Zudem hätte man in einer vereinten Volkswirtschaft längere Zeit zwei erheblich differierende Lohnniveaus beibehalten müssen. Das ostdeutsche Lohnniveau hätte zunächst bei 30 Prozent des westdeutschen liegen müssen und wäre dann in 15 Jahren auf rund 60 Prozent des westdeutschen gestiegen. Wie sollte das in einer Währungs- und Wirtschaftsunion funktionieren?

H.F.: Nein. Die Löhne waren zwar über der Produktivität, aber man hätte die Löhne nicht senken, sondern die Produktivität schnell anheben müssen, indem man in Ostdeutschland massiv investiert, den Kapitalstock so schnell es geht erneuert, und zwar mit Steuermitteln und Regierungsgeldern. Das habe ich auch im DIW vertreten.

Stattdessen hat die Regierung 1990 und 1991 für den Westen noch erhebliche Steuerensenkungen vorgenommen und gesagt, die Ostdeutschen sollen sehen, wie sie die Angleichung hinbekommen. Man hätte die Produktivität hochdrücken müssen über Anreize für

Unternehmen, zu wandern. Und wenn es so zu jährlich zehn Prozent Produktivitätssteigerung im Osten gekommen wäre, hätten die Löhne bequem mitsteigen können. Da wäre zwar auch noch einiges kaputt gegangen, aber nicht so viel. So wäre auch eine sozial weit besser erträgliche Angleichung möglich gewesen.

R.L.: In Ihrem Buch begründen Sie, dass der internationale Wettbewerb zwischen verschiedenen Ländern funktioniert, wenn alle Länder eine Lohnentwicklung verfolgen, die ihrer Produktivitätsentwicklung entspricht, also keine Volkswirtschaft unter und keine über ihre Verhältnisse lebt. Dann nämlich erfolgt der Wettbewerb über Innovationen, Produktivitätsentwicklung, neue Produkte und Investitionen in den Kapitalstock. Lohndumping betreibt hingegen, wer die eigene Wettbewerbsposition durch eine hinter der Produktivität zurückbleibende Lohnentwicklung verbessert und dadurch anderen Marktanteile abzunehmen versucht. Dies kann zu einem „Standortwettbewerb“ um die niedrigsten Löhne (oder auch die niedrigsten Lohnnebenkosten, also die Senkung der Sozialausgaben) führen – mit erheblichen negativen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Eine solche Politik des Lohndumpings verfolgt Deutschland seit etwa zehn Jahren, die Länder der Euro-Zone sind mehr oder weniger gezwungen, dem zu folgen – anders als die USA oder Großbritannien.

Nun zeigen Sie in Ihrem Buch, dass eine solche Politik unter den Bedingungen getrennter Währungen nicht lange möglich war, weil sie einen wachsenden Außenhandelsüberschuss und damit eine permanente Aufwertung der Währung des Landes zur Folge hätte, das Lohndumping betreibt. Solche Aufwertungsschübe kennen wir ja aus der Geschichte der Deutschen Mark. Die derzeitige Aufwertungstendenz des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Beleg. Die Aufwertung des Euro macht einen durch Lohndumping entstandenen Wettbewerbsvorteil gegenüber den USA nach einiger Zeit wieder zunichte, indem sie die Exporte verteuert und die Importe verbilligt. Innerhalb der Euro-Zone aber funktioniert dieser Mechanismus nicht, denn es gibt keine Wechselkurse mehr und daher auch keine Möglichkeit, entstehende Wettbewerbsdif-

ferenzen durch Kurskorrekturen auszugleichen. Was passiert unter diesen Bedingungen, wenn Produktivitäts- und Lohnentwicklung divergieren? Bricht das Euro-System zusammen?

H.F.: Wir bekommen ein Szenario, wie wir es aus dem Verhältnis von West- und Ostdeutschland kennen. Die Griechen, Italiener, die Franzosen, die Spanier, die Portugiesen, die werden alle Ostdeutsche. Sie haben mit dem Verlust ihrer Märkte und mit Deindustrialisierung zu tun, werden Transferempfänger – und Deutschland bezahlt. Denn Deutschland muss ihnen das Geld geben, mit dem sie unsere Güter kaufen, damit wir weiter exportieren können. Deutschland muss seinen Außenhandelsüberschuss letztendlich selbst finanzieren. So läuft das. Entweder geht der Euro baden, oder wir bekommen eine europäische Transferunion.

R.L.: Werden diese Länder sich das gefallen lassen? Die Ostdeutschen sind ja zu schwach, um sich gegen die Rolle des deindustrialisierten Transferempfängers zu wehren. Aber Frankreich wird das doch nicht hinnehmen?

H.F.: Wenn es nun eine europäische Rezession gibt, dann wird diese Diskussion sicher mit Macht aufkommen.

R.L.: Und was wäre der Ausweg? Was müsste man am Euro-System machen, damit es nicht zu Deindustrialisierung und Transferunion kommt?

H.F.: Man müsste dafür sorgen, dass die Löhne schnell wieder der Produktivitätsentwicklung angepasst werden, auch im Verhältnis der Euro-Länder. Ich habe 1999, als ich noch im Finanzministerium war, in Brüssel gesagt, wir brauchen eine gemeinsame Lohnpolitik der Euro-Länder. Man hat mich aber nicht verstanden.

Doch das Problem ist in erster Linie ein Problem Deutschlands, halten wir das mal fest. Die anderen haben sich an Deutschland angeglichen, an die zwei Prozent Lohnstückkostensteigerung, die Deutschland bis 1990 immer hatte (vgl. S. 194, insb. Abb. 18). Und als die anderen bei den zwei Prozent angekommen waren, sind die deutschen auf Null gegangen. Das war der entscheidende Fehler, denn Null ist eben zu wenig. Wenn man in Euro-Land ein Inflationsziel von zwei Prozent hat, dann sind zwei Prozent Lohnstückkosten-

steigerung angemessen und nicht Null, d.h. die Nominallöhne in jedem Land müssen sich an der Produktivitätssteigerung des jeweiligen Landes orientieren, plus zwei Prozent für die europäische Zielinflation. Nur dann kann die Währungsunion nach innen und nach außen funktionieren. Diejenigen, die gegen diese ungeschriebenen Regeln verstoßen haben, sind eindeutig die Deutschen.

R.L.: Kann man sich eine koordinierte Lohnpolitik in Euro-Land vorstellen? Ist das realistisch?

H.F.: Warum nicht? Die anderen Länder haben ja im Vorfeld der Euro-Union die Angleichung der Lohnentwicklung an die zwei Prozent Lohnstückkostensteigerung auch geschafft – von fast zehn Prozent im Jahr 1980. (Deutschland hatte damals etwa fünf Prozent.) Wie sie das gemacht haben, daran erinnert sich heute kaum noch jemand. Die Österreicher haben es immer per Druck der Regierung gemacht, die Regierung hat dafür gesorgt, dass die Löhne genauso stiegen wie in Deutschland. In Belgien haben sie es per Gesetz geregelt. Wann immer die Löhne in Belgien ein Prozent stärker stiegen als in Deutschland, durfte die Regierung intervenieren und die Löhne auf das deutsche Niveau drücken. Und die Franzosen haben es auch geschafft, obwohl sie keine großen zentralistischen Gewerkschaften und keine Flächentarifverträge haben. Selbst die Italiener, alle haben es geschafft, die Lohnstückkosten an der Zielinflationsrate zu orientieren, was heißt, dass sie faktisch eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung verfolgt haben. Nur die Deutschen sind nach unten abgewichen und haben damit eine Dauerkrise im eigenen Land und große Gefahren für die gesamte Euro-Zone heraufbeschworen. Aber auch in Deutschland ist diese Fehlentwicklung nicht vom Himmel gefallen, sondern durch politischen Druck zustande gekommen.

U.B.: Was sagen Sie zu dem Argument, dass die Deutschen zu dieser Politik gezwungen wurden? Durch den DM-Euro-Kurs, durch die Überbewertung der Deutschen Mark bei der Festsetzung des Euro-Kurses seien sie gezwungen gewesen, eine unterdurchschnittliche Lohnentwicklung anzustreben?

H.F.: Das ist vollkommen falsch. Das Argument ist empirisch überhaupt nicht zu belegen; im Gegenteil. Denn wenn es so wäre, dann würden die Handelsströme nicht so laufen, wie sie laufen. Wäre die Deutsche Mark bei der Euro-Einführung überbewertet gewesen, dann hätte Deutschland seit Beginn der Währungsunion nicht seinen Leistungsbilanzsaldo von Null auf einen Überschuss von heute 168 Mrd. Euro gesteigert, und Franzosen, Italiener und Portugiesen wären nicht massiv ins Defizit gerutscht. Die Spanier haben 100 Mrd. Euro minus. Alle sind im Minus, nur Deutschland macht im Außenhandel plus.

Die Deutsche Bundesbank hat eine interessante Untersuchung durchgeführt, in der sie zeigt, dass Deutschland aus der Gruppe der EWU-Länder das einzige Land ist, das in den letzten Jahren global keine Marktanteile verloren hat (vgl. Monatsbericht Juni 2007). Alle anderen haben massiv Marktanteile verloren. Wäre Deutschland überbewertet gewesen, hätte die Entwicklung genau umgekehrt laufen müssen.

Viele Leute denken, es sei gut, Exportweltmeister zu sein und ein Land mit einem gewaltigen Überschuss in der Leistungsbilanz. Das ist aber ein Irrtum. Denn erstens wurde dies mit erheblichen Wachstumsbeschränkungen und Arbeitsplatzverlusten im Binnenmarkt erkaufte. Und zweitens wird der Exportüberschuss durch deutschen Kapitalexport finanziert. Zu glauben, die defizitären Handelspartner würden die damit verbundenen Gläubigerpositionen jemals vollwertig einlösen, also ihre Schulden auf Heller und Pfennig zurückzahlen, ist eine gewaltige Illusion. In Wirklichkeit verschenken wir gerade viele Güter. Die deutsche Unterbewertungsstrategie kennt viele Verlierer, vor allem unter den Arbeitnehmern und den auf dem Binnenmarkt agierenden Unternehmen, und nur wenige Gewinner.

R.L.: Sie zeigen in Ihrem Buch, dass es zu einer an der Produktivität orientierten Lohnentwicklung keine sinnvolle Alternative gibt. Produktivität, Löhne und damit auch der private Verbrauch, der Massenkonsum, müssen im gleichen Maße steigen. Jede andere Regulierung führt zu Ungleichgewichten, zu Arbeitslosigkeit, und unter-

gräbt die Funktionsfähigkeit der internationalen Wirtschaftsprozesse. Das sieht so aus, als sei diese Regulationsweise in jeder Marktwirtschaft und für alle Zeiten die einzig mögliche.

Wir meinen hingegen, dass eine solche Regulationsweise erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Vorher wuchsen die Investitionen – und die Unternehmensgewinne – schneller als der Konsum und die Löhne der Bevölkerungsmehrheit. Der Konsum der lohnabhängigen Bevölkerung wuchs zwar, aber nicht im Maße der Produktivität, sondern im Durchschnitt geringer. Im 19. Jahrhundert dominierte ein Industrialisierungsszenario, d.h. die Produktivitätsentwicklung wurde überwiegend in Form wachsender Profite angeeignet und für den Aufbau neuer Industrien verwendet, nicht für steigenden Konsum der Lohnarbeiter. Und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwog ein Akkumulationsregime, das Rosa Luxemburg „äußere Landnahme“ nannte und das die Akkumulation von Kapital in die Kriegswirtschaft und die koloniale Expansion beinhaltete. Auch hier dürften das Wachstum der Profite, der Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen deutlich über dem der Arbeitereinkommen gelegen haben.

Der „fordistische“ Kapitalismus, bei dem die der Massenproduktion entsprechende Nachfrage ganz überwiegend durch Lohnsteigerungen der Arbeiter erzeugt wird und für den mit der Produktivität gleichgewichtig steigende Arbeitslöhne eine existenzielle Voraussetzung sind, entstand erst während des Zweiten Weltkriegs in den USA und wurde unter weltwirtschaftlicher und politischer Dominanz der USA nach dem Krieg in Europa und Japan etabliert, später breitete er sich in Asien und Lateinamerika weiter aus. Die von Ihnen beschriebene Lohnregel galt also von etwa 1940 (in den USA) bis Anfang der 1980er Jahre in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern und einigen Schwellenländern. In den USA und in Großbritannien gab es dann eine monetaristische Pause, die etwa zehn Jahre dauerte. Seit den 1990er Jahren haben wir erst in den USA und etwas später auch in Großbritannien wieder an der Produktivität orientierte Lohnsteigerungen. Anders in Deutschland. Hier gelang es in den 1980er Jahren nur eingeschränkt, mit der bis

dahin eingespielten Lohnregel zu brechen. Erst in den 1990er Jahren – nach der deutschen Einheit – gelang es, die Lohnentwicklung auf die Inflationsrate zu drücken.

Warum meinen Sie, dass die Regel einer produktivitätsorientierten Lohnentwicklung auch in der Zukunft weiter oder wieder gelten muss? Wäre es nicht denkbar, dass die Weltwirtschaft über lange Zeit deutlich höhere Investitionen benötigt: Zur Bewältigung der globalen Herausforderungen wie des Klimawandels, zum Aufbau eines neuen weltweiten Energiesystems ohne CO₂-Emissionen, zur Versorgung einer wahrscheinlich auf 9,5 Mrd. anwachsenden Weltbevölkerung, zur Bewältigung von Wasser- und Nahrungsmangel? Dies sind doch wirtschaftliche Herausforderungen, die faktisch auf eine innovative und nachhaltige Erneuerung des gesamten Kapitalstocks der Menschheit hinauslaufen. Wäre dafür nicht ein Entwicklungsmodus angemessen, der eher dem der Industrialisierung ähnelt, bei dem also der Konsum pro Kopf langsamer wächst als die Produktivität, dafür aber die Investitionen deutlich schneller? Vielleicht sind wir am Ende der Konsumgesellschaft und am Beginn einer neuen Investitionsgesellschaft? Der Konsum wird weiter wachsen, schon weil die Weltbevölkerung wächst. Aber vielleicht wird der Konsum pro Kopf deutlich langsamer wachsen, wird sich vielleicht eher qualitativ wandeln müssen. An die Stelle wachsenden Konsums treten deutlich wachsende Investitionen.

H.F.: Wir haben ja nicht gesagt, dass die Investitionen nicht schneller wachsen dürfen als die Löhne. Trotzdem ist es immer noch richtig, dass zunächst die Löhne so wachsen müssen wie die Produktivität, weil sonst auch der Anreiz zum Investieren fehlt. Dass es in der Geschichte einmal temporär anders gewesen sein mag, ist kein Gegenbeweis. Soll jetzt aus bestimmten Gründen mehr akkumuliert, der Kapitalstock also ausgeweitet werden, kann man eine Marktwirtschaft auch dann nicht einfach vom Konsum befreien und auf Investitionen umschalten. Das kann man theoretisch in einer Planwirtschaft machen (auch da ist es häufig gescheitert), in einer Marktwirtschaft geht das nicht. Überproportionales Wachstum der Investitionen ist möglich, aber es muss

im Kontakt bleiben mit dem Einkommen der Menschen und deren Nachfrage, national wie international. Und damit die Nachfrage der Haushalte solche Investitionen rechtfertigt, müssen zunächst mal deren Einkommen im Maße der Produktivität wachsen.

In einer solchen Entwicklung kann man ohne Weiteres überproportional steigende Investitionen durch Kreditschöpfung finanzieren. Jedenfalls kann man in einer Marktwirtschaft überproportionales Wachstum der Investitionen nur mit steigenden Masseneinkommen erzielen. Wenn die Lohneinkommen zurückbleiben und die Unternehmenseinkommen überproportional steigen, funktioniert es nicht mehr, wie wir in den letzten zehn Jahren gesehen haben. Die Vorstellung, steigende Gewinne aus Umverteilung von unten nach oben würden zu steigenden Investitionen führen, ist schlicht falsch.

R.L.: Das scheint doch aber plausibel. Wenn man überproportional wachsende Investitionen haben will, muss man dafür sorgen, dass die Unternehmenseinkommen schneller steigen als die Lohneinkommen. Dann wird weniger konsumiert und mehr akkumuliert. Warum funktioniert das nicht?

H.F.: Das funktioniert nicht, weil die Unternehmen nicht einfach mehr investieren, wenn sie mehr verdienen. Unternehmen investieren nicht in Sachanlagen, wenn ihre Maschinen und Anlagen nicht ausgelastet sind, ganz gleich, wieviel Gewinne sie machen. Dann investieren sie in Liechtenstein. Deshalb haben ja auch Steuersenkungen nicht die erhoffte Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung.

Wir beobachten umgekehrt, dass die Investitionen gerade in den Zeiten am höchsten waren, in denen auch der Konsum stark gestiegen ist – weil Masseneinkommen, Massennachfrage und Gewinne im Gleichklang zulegen. Die zentrale Lehre der letzten zehn Jahre besteht darin, dass hohe Gewinne ohne wachsende Nachfrage eben nicht zu mehr Investitionen

führen. Die Investitionen waren nie so niedrig wie in den Jahren nach 1996, obwohl die Unternehmenseinkommen in diesen Jahren erheblich stärker gestiegen sind als die Löhne und damit die Lohnquote gesunken ist.

U.B.: Eine letzte Frage: Eine Bedingung für die Umsetzung Ihrer Vorschläge ist eine institutionelle Neuverfassung der internationalen Finanzmärkte, die die derzeitigen spekulativen Eruptionen einschränkt. Denken Sie dabei an ein System regulierter Wechselkurse?

H.F.: Ja, regulierte Wechselkurse.

R.L.: Ist so etwas bei den gegebenen Interessenkonstellationen denkbar?

H.F.: Die Interessenkonstellationen sind gar nicht so schwierig. Es gibt viele Bestrebungen, die in diese Richtung gehen. Mit dem gegenwärtigen Präsidenten der USA kann man das nicht machen, aber vielleicht mit dem nächsten. Bill Clinton war in dieser Frage durchaus offen.

R.L.: In welche Richtung könnte das gehen? Tobinsteuer?

H.F.: Nein. Das muss gehen in Richtung Steuerung der Wechselkurse. Ganz eindeutig. Steuerung der Wechselkurse nach Kaufkraftparitäten. Die Inflationsdifferenz muss über die Entwicklung der Wechselkurse entscheiden, der Markt bringt das nur mit viel zu großen Verzögerungen und Verzerrungen zustande.

U.B.: Das wäre ein Währungskorridor. Aber wie wird der gesteuert? Über eine Interventionspflicht der Zentralbanken?

H.F.: Ja. Die Zentralbanken müssen intervenieren, und eine monetäre Weltinstitution muss darüber wachen. Dann wäre der allergrößte Teil der Spekulationen raus aus den Weltmärkten, und eine Tobinsteuer brauchen wir wahrscheinlich gar nicht mehr. Die Tobinsteuer hilft gegen die jetzige Art der Spekulation ohnehin nicht, weil die Gewinnmargen der Spekulanten viel zu groß sind.

R.L./U.B.: Vielen Dank für das Gespräch.

Berliner Debatte Initial 19 (2008) 4

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V., Präsident Peter Ruben. *Berliner Debatte Initial* erscheint alle zwei Monate.

Redaktion: Harald Bluhm, Ulrich Busch, Erhard Crome, Birgit Glock, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Rainer Land, Thomas Müller, Ingrid Oswald, Udo Tietz, Andreas Willisch, Rudolf Woderich

Lektorat: Gudrun Richter

Redaktionelle Mitarbeit: Karsten Malowitz, Dag Tanneberg

Verantwortlicher Redakteur: Jan Wielgohs
Verantwortlich für dieses Heft (V.i.S.P.):

Ulrich Busch, Rainer Land

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Internet: www.berlinerdebatte.de

Preise: Einzelheft 10 €, Doppelheft 20 €
Einzelhefte werden per Post mit Rechnung verschickt.

Abonnement: Jahresabo ab 2008: 39 €
Ausland zuzüglich Porto. Studenten, Rentner und Arbeitslose 22 €, Nachweis beilegen. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* per Post oder per Fax bestellen. Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen Einzelhefte, Abos und pdf-Dateien per Mail an:

leidenschaften@berlinerdebatte.de

Tel.: +49-39931-54726, **Fax** ...-54727

Post: PF 58 02 54, 10412 Berlin

Abo-Bestellungen auch direkt bei INTER ABO, PF 360520, 10975 Berlin; Tel. (030) 61105475, Fax (030) 61105480.

Autorenverzeichnis

Roland Benedikter,
Universität Wien, Freie Universität Bozen

Matthias Bernt, Dr.,
Soziologe, Umweltforschungszentrum
Leipzig-Halle

Magnus Brechtken, PD Dr. habil.,
Historiker, Institute of German Studies,
University of Nottingham

Ulrich Busch, Dr. habil.,
Finanzwissenschaftler,
Technische Universität Berlin

Heiner Flassbeck, Prof. Dr.,
Director, Division on Globalization and Development Strategies bei der UNCTAD, Genf

Ulrich Hedtke, Dr.,
Philosoph, Berlin

Arne Heise, Prof. Dr.,
Volkswirt, Universität Hamburg

Rainer Land, Dr. sc. oec.,
Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler,
Thünen-Institut e.V. Bollewick

Karl Mai,
Wirtschaftswissenschaftler, Halle/Saale

Stefan Mann, Dr. Dr. habil.,
Ines Heer, Dr.,
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Forschungsanstalt Agroscope
Reckenholz-Tänikon ART, Schweiz

Mariele Nientied, Dr.,
Philosophin, Europa-Universität Viadrina
Frankfurt (Oder)

Peter Ruben, Prof. em. Dr.,
Philosoph, Präsident Berliner Debatte Initial e.V.

Johannes Schmidt, Prof. Dr.,
Volkswirt, Berufsakademie Mosbach

Karl Georg Zinn, Prof. em. Dr. em.,
Volkswirt, Wiesbaden

Ausdrucken oder kopieren, ausfüllen, falten und als Postkarte abschicken!

Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 39 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 22 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende)
Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestelladresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement erworben von:

Antwortkarte

Bitte
frankieren

Berliner Debatte
Initial

PF 58 02 54

10412 Berlin

www.berlinerdebatte.de

Bestellungen: leidenschaften@berlinerdebatte.de